

### **Mitglied CDU-Fraktion**

Ausschussmitglied Ursula Biester  
Ausschussmitglied Brigitte Klee  
Ausschussmitglied Helmut Möhle

### **Mitglied SPD-Fraktion**

Stellv. Ausschussvorsitzende Nurhayat Bakir  
Ausschussmitglied Petra Kolbe  
Ausschussvorsitzender Uwe Reese

### **Mitglied Gruppe Grüne/WBV**

Ausschussmitglied Rainer Büscher  
Ausschussmitglied Sigrid Linsen-Steiner

### **Mitglied Gruppe BASU/Hammadi**

Ausschussmitglied Al-Chafia Hammadi

### **Mitglied UWG WHV-Fraktion**

Grundmandat Frank Uwe Walpurgis

### **Vorsitzender des Seniorenbeirates**

beratendes Mitglied Peter Berger

### **Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV**

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes  
beratendes Mitglied Joachim Stasch

### **Dezernent**

Erster Stadtrat Jens Stoffers

### **Fachbereichsleiter**

Fachbereichsleitung 53 Christof Rübsamen  
Fachbereichsleitung 50 Jörg Sieberns

### **von der Verwaltung**

Stellv. Fachbereichsleiter Peter Albers  
Abteilungsleitung 50-3 Jörg Schwarz

### **Protokollführerin**

Protokollführerin Susanne Bödeker

**als Gast**

Frau de Boer, Frau Maiwald, Herr Pelzer, Herr Stehen (Diakonisches Werk)

1 Pressevertreterin

Mehrere ZuhörerInnen

**A Öffentlicher Teil**

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 28.11.2013
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Antrag der Gruppe BASU/Hammadi auf Einführung eines Sozialpasses bzw. von **501/2014** Ermäßigungen zur Nutzung bestimmter Einrichtungen
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Vorstellung der Straffälligenhilfe und der Wohnungslosenhilfe (Tagesaufenthalt und ambulante Hilfen) durch die Diakonie
- 5.2 Sachstandsbericht zum Verkauf des Gebäudes des Sozialpsychiatrischen Dienstes
- 5.3 Sachstand zur Aufnahme von Asylbewerbern in Wilhelmshaven
- 5.4 VHS Sprachkurs

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Reese, eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 28.11.2013

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 28.11.2013 wird genehmigt.

**Beschluss:**

-einstimmig zugestimmt-

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Antrag der Gruppe BASU/Hammadi auf Einführung eines Sozialpasses bzw. von Ermäßigungen zur Nutzung bestimmter Einrichtungen **501/2014**

Herr Hammadi stellte den Antrag vor. Vor allem für Kinder müsse in diesem Bereich mehr getan werden.

Herr Möhle sah das Vorhaben grundsätzlich als wünschenswert an. Dennoch sei er im Hinblick auf die finanzielle Situation der Stadt von diesem Antrag überrascht. Fast alle städtischen Einrichtungen seien defizitär; weitere Mindereinnahmen könnten nicht mehr aufgefangen werden. Daher müsse ein Ausgleich letztendlich über höhere Eintrittspreise bei den anderen Personenkreisen erfolgen.

Herr Möhle verwies auf ein Schreiben der Kommunalaufsicht vom 08.01.2013: „Eckpunkte der Genehmigungsverfahren seitens der Kommunalaufsichtsbehörden“. In diesem Papier würden die Bedingungen genannt, unter denen kommunale Haushalte genehmigt werden. „Freiwillige Leistungen“ seien im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes permanent kritisch zu hinterfragen – eine Ausweitung habe grundsätzlich zu unterbleiben.

Frau Biester wies darauf hin, dass es bereits (Bildungs-)Gutscheine z.B. beim Theater oder der VHS gebe.

Herr Büscher bewertete im Namen der Gruppe Grüne/MBV ein Sozialticket in diesem Umfang als schwierig durchsetzbar und datenschutzrechtlich bedenklich. Er wies darauf hin, dass man im Jobcenter für 2,- € eine Theaterkarte zum Sozialtarif erwerben könne. Wichtig seien neutrale Tickets, weil es für Betroffene eine Hürde darstelle, mit einem erkennbaren Sozialticket an der Kasse zu stehen.

Er schlug vor, dass man bei den zuständigen Ämtern unter Vorlage des Bescheides, einer Bescheinigung oder eines WilhelmshavenPasses eine günstigere (äußerlich neutrale) Karte für die jeweiligen Einrichtungen kaufen könne.

Bei einem Sozialticket für Busfahrten müssten die Fehlbeträge ausgeglichen werden.

Als Beispiel nannte Herr Büscher ein im September 2013 eingeführtes Sozialticket auf Probe bei der Stadt Osnabrück. Man könnte sich von dort Informationen holen.

Herr Büscher sieht in der Vorlage gute Ansätze, empfiehlt aber, den Antrag abzuändern und neu einzubringen.

Herr Stasch gab zu bedenken, dass es durch die zusätzliche Nutzung der Einrichtungen u.U. zu Mehreinnahmen kommen könne.

Herr Walpurgis unterstützte die Aussage von Herrn Büscher. Man müsse auch die Angebote des Bildungs- und Teilhabepaketes berücksichtigen, vor allem in Hinsicht auf den Bereich der Sportvereine. Es sollten Gespräche mit den betroffenen Einrichtungen und der Verwaltung geführt werden.

Herr Stoffers merkte an, dass der so formulierte Antrag Kinder ausschließe, da man darin von „Bürgern“ spreche, die vom Sozialpass profitieren sollen. Laut Gesetz definiere man „Bürger“ als Personen, die das 16. Lebensjahr vollendet und für die Kommunalvertretungswahl berechtigt seien (ausschließlich deutsche Staatsangehörige und EU-Bürger).

Es sei wichtig, Kinder in die Überlegungen einzubeziehen, ein richtiger Ansatz sei dabei die Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes.

Der Antrag beziehe sich auf städtische Einrichtungen, habe somit auch unmittelbar Auswirkungen auf den Haushalt. Im Jahre 2007 sei bereits eine ähnliche Diskussion geführt und festgestellt worden, dass eine Verwaltungskraft, die für eine solche Aufgabe notwendig sei, ca. 40.000,- € jährlich kosten würde, neben den Aufwendungen zum Ausgleich der Mindereinnahmen bei den Einrichtungen.

Formal müsse dieser Betrag in den Haushalt gestellt werden. Dieser sei jedoch im Doppelhaushalt 2013/2014 nicht enthalten.

Frau Kolbe plädierte für eine verstärkte Nutzung des Bildungs- und Teilhabepaketes. Sie informierte, dass das Freibad Nord in den Sommerferien wieder eine Schwimmpassaktion anbiete.

Herr Hammadi zog den Antrag zurück und kündigte an, ihn nach einer Überarbeitung zu den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2015 erneut zu stellen.

## 5 Mitteilungen und Anfragen

### 5.1 Vorstellung der Straffälligenhilfe und der Wohnungslosenhilfe (Tagesaufenthalt und ambulante Hilfen) durch die Diakonie

Herr Pelzer nannte den § 67 SGB XII als gesetzliche Grundlage für die Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten.

Die einzelnen Hilfsangebote wurden von den jeweiligen MitarbeiterInnen erläutert (s. Anlage):

Herr Steen: Anlaufstelle für Straffällige

Frau de Boer: Tagesaufenthalt

Frau Maiwald: Ambulante Hilfe

Auf Nachfrage erläuterte Frau Meyer-Machtemes, dass man in Wilhelmshaven für die Dauer von 10 Tagen (ist in den jeweiligen Kommunen unterschiedlich geregelt) den Tagessatz für Obdachlose auszahle. Nach diesem Zeitraum müssten sich die Personen entscheiden, ob sie weiter in Wilhelmshaven bleiben. Dann werde ein offizieller Antrag auf Leistungsgewährung gestellt.

Herr Walpurgis fragte nach der Höhe der Rückfallquote der betreuten Personen.

Herr Steen schilderte die Schwierigkeiten, mit denen aus dem Strafvollzug Entlassene konfrontiert seien. Die Ummeldung laufe z.T. problematisch ab, an den wiederum der Anspruch beim Jobcenter gekoppelt sei.

Nach der Bewilligung einer regelmäßigen Leistung gestalte sich die Eingliederung einfacher und die Gefahr eines Rückfalles sei geringer.

Eine genaue Quote sei schwierig zu ermitteln.

Herr Walpurgis fragte nach den gesundheitlichen Problemen des betreuten Personenkreises.

Frau de Boer informierte, dass es häufig Probleme wegen fehlender Krankenversicherung gebe. Die Diakonie kläre am ersten Tag, ob ein Hartz IV-Anspruch bestehe. Ein Antrag mit Klärung des Krankenversicherungsschutzes werde umgehend zum Jobcenter geschickt, von dort gehe der Antrag zur Krankenkasse, damit die Person sofort krankenversichert ist.

In Eilfällen werde die Bescheinigung vom Jobcenter an die Krankenkasse gefaxt.

Herr Hammadi fragte nach der Anzahl der unter 25-Jährigen.

Frau de Boer nannte die Zahl aus dem Jahr 2012: 60 Personen (oftmals unter 21 Jahren). In 2013 würde mit einer ähnlichen Anzahl gerechnet.

Herr Möhle dankte den MitarbeiterInnen der Diakonie für die z.T. schwierige Arbeit. Er bat um Information zu Protokoll, inwieweit sich die Prozentzahlen der Finanzierung der einzelnen Bereiche in EURO ausdrücken.

**Zu Protokoll:**

*Die Stadt Wilhelmshaven trägt ca. 45.600,- € zur Finanzierung des Tagesaufenthaltes und 12.000,- € für die Anlaufstelle für Straffällige bei.*

Frau Biester fragte, wann ein gesetzlicher Betreuer vom Gericht gestellt werde.

Frau de Boer antwortete, dass ein gesetzlicher Betreuer bestellt werde, sobald z.B. das Leben der betreffenden Person gefährdet würde. Die Diakonie rege eine gesetzliche Betreuung an, wenn eine positive Entwicklung auf Dauer nicht mehr möglich sei.

Herr Steen ergänzte, dass oftmals eine vorübergehende Unterstützung zur Stabilisierung ausreiche.

Frau Bakir fragte nach der Anzahl der Personen, die erfolgreich betreut wurden.

Frau Maiwald informierte, dass im Bereich der ambulanten Hilfe im Jahre 2013 von 51 Klienten 21 die Hilfe beendet haben (mit Abbrüchen), davon ca. 40 % mit positivem Ergebnis.

Herr Steen ergänzte, dass der § 67 SGB XII auch die Verhinderung einer Verschlimmerung beinhalte. Insofern sei schwer zu beurteilen, wann ein Erfolg vorliege. Man gebe keine festgeschriebenen Ziele vor. Bei ca. 200 Personen in der Straffälligenhilfe fassen ca. 50 % Fuß, 25 % würden betreut und 25 % hätten Probleme.

Frau Meyer-Machtemes erklärte, dass man nur Schritt für Schritt vorgehen könne. Bereits das Ziel einer festen Wohnung mit Arbeit und Einkommen stelle für viele der betreuten Personen eine hohe Messlatte dar.

## 5.2 Sachstandsbericht zum Verkauf des Gebäudes des Sozialpsychiatrischen Dienstes

Herr Dr. Rübsamen informierte, dass der Rat der Stadt Wilhelmshaven den Verkauf beschlossen habe. Das Gebäude wurde am 31.12.2013 an den Investor übergeben. Man könne das Gebäude 2 Jahre nach der Übergabe bis zu einer Nachfolgeregelung weinternutzen.

GGs liege der Anforderungskatalog für ein neues Gebäude vor.

## 5.3 Sachstand zur Aufnahme von Asylbewerbern in Wilhelmshaven

Herr Schwarz stellte die in der Anlage aufgeführten Zahlen detailliert vor.

Frau Biester fragte, ob genügend Wohnungen zur Verfügung stünden.

Herr Schwarz antwortete, dass dies zurzeit noch der Fall sei.

## 5.4 VHS Sprachkurs

Herr Dr. Rübsamen teilte mit, dass die VHS einen Sprachkurs für Ärzte (C1) anbiete.

Das Land erteile bereits mit einem B2-Zertifikat eine Arbeitserlaubnis. In anderen Ländern werde das C1-Zertifikat, für das höhere Ansprüche gestellt würden, verlangt.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

**Ende der Sitzung 16:50 Uhr**

---

Dezernent

---

Vorsitzende/r

---

Protokollführer/in